

Kapitel 4: Garantieren, was uns alle schützt: Frieden und Sicherheit fördern



43. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
9. - 11. November 2018, Leipzig

Antragsteller*in: Manuel Sarrazin (Hamburg-Harburg KV)

Änderungsantrag zu EP-S-01

Von Zeile 200 bis 210:

~~Eine gute Partnerschaft mit den östlichen Nachbarn der EU ist im ureigenen Interesse Europas und wichtiger Baustein für Stabilität und Frieden in der Region. Die Östliche Partnerschaft der EU, die seit 2009 mit Armenien, Aserbajdschan, Belarus, Georgien, Moldau und der Ukraine besteht, muss weiter gestärkt und die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Integration dieser Staaten weiter vorangetrieben werden. Dabei dürfen europäische Grundwerte nicht für wirtschaftliche Interessen geopfert werden. Der Kampf gegen Korruption, demokratische und rechtsstaatliche Reformen und die Wahrung der Menschenrechte müssen in diesen Ländern noch stärker von der EU eingefordert werden. Die wichtige Anbindung der östlichen Nachbarn an die EU ist gleichzeitig eine Herausforderung für das Verhältnis zu Russland, da Russland versucht, die engere Zusammenarbeit der östlichen Staaten mit der EU zu verhindern.~~ unseren östlichen Nachbarn der EU ist im in unserem ureigenen Interesse Europas und wichtiger Baustein für Stabilität und Frieden in der Region. Die Östliche Partnerschaft der EU stärkt seit 2009 die Modernisierung, Demokratisierung und Durchsetzung von Menschenrechten mit in Armenien, Aserbajdschan, Belarus, Georgien, Moldau und der Ukraine. Daran wollen wir festhalten und sie weiter ausbauen. Die demokratischen Entwicklungen – sei es in der Ukraine oder Armenien – sind beispiellos und verdeutlichen uns die Kraft der Zivilgesellschaft in diesen Ländern. Wir halten an einer Visaliberalisierung für alle Länder der Östlichen Partnerschaft fest. Klar ist für uns aber auch, dass diese Partnerländer noch einen weiten Weg vor sich haben und dürfen europäische Grundwerte nicht für wirtschaftliche Interessen geopfert werden. Der Kampf gegen Korruption, demokratische und rechtsstaatliche Reformen und die Wahrung der Menschenrechte müssen in diesen Ländern noch stärker von der EU eingefordert und unterstützt werden.

Begründung

Bekennnis pro-Visaliberalisierung und Ausbau der Mittel der ÖP ergänzt.

weitere Antragsteller*innen

Daniel Kosak (Lüneburg KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Hermann Kuhn (Bremen-Mitte KV); Ulrike Liebert (Bremen-Nordost KV); Michael Gwosdz (Hamburg-Eimsbüttel KV); Gorden Isler (Hamburg-Eimsbüttel KV); Nik Riesmeier (Lippe KV); Rebecca Harms (Lüchow-Dannenberg KV); Reinhard Bütikofer (Berlin-Mitte KV); Lena Zagst (Hamburg-Mitte KV); Lino Klevesath (Göttingen KV); Viola von Cramon (Göttingen KV); Tobias Flessenkemper (Düsseldorf KV); Claudia Müller (Vorpommern-Rügen KV); Johannes Diether Schönfelder (Hamburg-Nord KV); Stephan Bischoff (Magdeburg KV);

Sebastian Pewny (Bochum KV); Danyal Bayaz (Kurpfalz-Hardt KV); Jonathan Worth (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)